

CHARTA DER GLOBAL GREENS Canberra 2001

Was es bedeutet, im neuen Jahrtausend Grün zu sein
Eine Begriffsbestimmung

Global Greens ist das internationale Netzwerk
Grüner Parteien und politischer Bewegungen

Inhalt

Präambel
Grundsätze
Ökologische Einsicht
Soziale Gerechtigkeit
Teilhabe am demokratischen Prozeß
Gewaltlosigkeit
Nachhaltigkeit
Respekt für Vielfalt
Politisches Handeln

1. Demokratie
2. Gleichheit
3. Klimaveränderung und Energie
4. Biologische Vielfalt
5. Lenkung der wirtschaftlichen Globalisierung durch Nachhaltigkeitsgrundsätze
6. Menschenrechte
7. Nahrungsmittel und Wasser
8. Nachhaltige Planung
9. Frieden und Sicherheit
10. Global handeln

Präambel

Wir, als Bürgerinnen und Bürger des Planeten und Mitglieder der Global Greens,

Vereint im Bewußtsein, daß wir von der Vitalität, Vielfalt und Schönheit der Erde abhängen und daß es in unserer Verantwortung liegt, diese ungeschmälert oder sogar in verbessertem Zustand an die nächste Generation weiterzugeben,

In der Erkenntnis, daß die vorherrschenden Muster menschlicher Produktion und menschlichen Verbrauchs, die sich auf das Dogma wirtschaftlichen Wachstums um jeden Preis und auf die übermäßige und verschwenderische Nutzung natürlicher Ressourcen ohne Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Erde gründen, eine extreme Verschlechterung der Umwelt und ein massives Aussterben von Arten verursachen,

Im Eingeständnis, daß Ungerechtigkeit, Rassismus, Armut, Unwissenheit, Korruption, Kriminalität und Gewalt, bewaffneter Konflikt und das Streben nach höchstmöglichem, kurzfristigem Profit weitverbreitetes menschliches Leiden verursachen,

In der Einsicht, daß entwickelte Länder durch ihr Streben nach wirtschaftlichen und politischen Zielen zur Verschlechterung der Umwelt und Herabsetzung der menschlichen Würde beigetragen haben,

Dessen bewußt, daß viele Völker und Nationen der Welt durch Jahrhunderte währende Kolonisation und Ausbeutung in Armut gebracht worden sind und infolgedessen eine ökologische Schuld der reichen Nationen gegenüber denen entstanden ist, die sie haben verarmen lassen,

Darauf verpflichtet, die Lücke zwischen Reich und Arm zu schließen und eine Bürgerschaft zu schaffen, die sich auf gleiche Rechte für alle Menschen in allen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gründet,

In der Erkenntnis, daß ohne Gleichheit zwischen Mann und Frau keine echte Demokratie erreicht werden kann,

Im Bemühen um die Würde der Menschheit und den Wert des kulturellen Erbes,

In Anerkennung der Rechte indigener Völker und ihres Beitrags zum gemeinsamen Erbe sowie des Rechts aller Minoritäten und unterdrückten Völker auf ihre Kultur, ihre Religion, ihr wirtschaftliches und kulturelles Leben,

In der Überzeugung, daß Zusammenarbeit und nicht Wettbewerb eine Voraussetzung dafür ist, die Garantie von Menschenrechten wie nahrhaften Lebensmitteln, ausreichender Unterkunft, Gesundheit, Erziehung, angemessener Arbeit, freier Rede, sauberer Luft, trinkbarem Wasser und einer unverdorbenen natürlichen Umwelt sicherzustellen,

In der Erkenntnis, daß die Umwelt keine Grenzen zwischen Ländern kennt,

und

Aufbauend auf der Erklärung des Welttreffens der Grünen in Rio de Janeiro im Jahre 1992,

Bekräftigen die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in den Einstellungen, Werten, Produktions- und Lebensweisen der Menschen,

Erklären, daß das neue Jahrtausend einen geeigneten Einschnitt darstellt, um mit dieser Veränderung zu beginnen,

Beschließen, uns für ein umfassendes Konzept der Nachhaltigkeit einzusetzen, das

- die Unversehrtheit der Ökosysteme der Erde schützt und wiederherstellt, wobei der biologischen Vielfalt und den Leben erhaltenden natürlichen Prozessen besondere Aufmerksamkeit gilt,
- die Wechselbeziehung aller ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozesse anerkennt,
- die Interessen des Einzelnen mit dem Gemeinwohl ins Gleichgewicht bringt,
- Freiheit mit Verantwortlichkeit in Einklang bringt,
- Vielfalt in der Einheit willkommen heißt,
- sicherstellt, daß zukünftige Generationen dieselben Rechte wie die jetzige Generation genießen, Nutzen und Gewinn aus Natur und Kultur zu ziehen,

Beteuern unsere Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen, der größeren Gemeinschaft des Lebens und zukünftigen Generationen,

Verpflichten uns als Grüne Parteien und politische Bewegungen aus allen Teilen der Welt, diese miteinander zusammenhängenden Grundsätze in die Tat umzusetzen und eine globale Partnerschaft einzugehen, um ihre Erfüllung zu unterstützen.

Grundsätze

Die Politik der Global Greens beruht auf diesen Grundsätzen:

Ökologische Einsicht

Wir erkennen an, daß menschliche Wesen Teil der natürlichen Welt sind, und respektieren die besonderen Werte aller Formen von Leben, einschließlich nicht-menschlicher Arten.

Wir erkennen die Weisheit der indigenen Völker der Welt als Hüter des Landes und seiner Schätze an.

Wir erkennen an, daß die menschliche Gesellschaft von den ökologischen Ressourcen des Planeten abhängig ist und die Unversehrtheit der Ökosysteme sicherstellen sowie die biologische Vielfalt und Unverwüstlichkeit lebenserhaltender Systeme bewahren muß.

Das erfordert

- daß wir lernen, im Rahmen der ökologischen Grenzen und der Grenzen verfügbarer Ressourcen des Planeten zu leben,
- daß wir Fauna und Flora ebenso schützen wie das Leben selbst, das durch die natürlichen Elemente Erde, Wasser, Luft und Sonne erhalten wird,
- daß wir in Fällen, wo Wissen begrenzt ist, den Weg der Vorsicht wählen, um die fortdauernde Fülle der Ressourcen des Planeten für die gegenwärtige Generation und zukünftige Generationen zu sichern.

Soziale Gerechtigkeit

Wir bekräftigen, daß der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit die gerechte Verteilung sozialer und natürlicher Ressourcen sowohl auf lokaler Ebene als auch global ist, um grundlegende menschliche Bedürfnisse vorbehaltlos zu erfüllen und sicherzustellen, daß alle Bürgerinnen und Bürger volle Gelegenheit haben, sich persönlich und gesellschaftlich zu entwickeln.

Wir erklären, daß es keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltgerechtigkeit und keine Umweltgerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit gibt.

Das erfordert

- eine gerechte Organisation der Welt und eine stabile Weltwirtschaft, die innerhalb und zwischen den Ländern die größer werdende Lücke zwischen Reich und Arm schließt, den Fluß von Ressourcen vom Süden in den Norden ausgleicht und die armen Länder von der Schuldenlast befreit, die ihre Entwicklung hemmt,
- die Beseitigung von Armut als ethisch, sozial, ökonomisch und ökologisch zwingend,
- die Beseitigung von Analphabetentum,
- eine neue Vision von Bürgerschaft, die auf gleichen Rechten für alle aufbaut, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter, Religion, Klasse, ethnischem oder nationalem Ursprung, sexueller Neigung, Behinderung, Vermögen oder Gesundheit.

Teilhabe am demokratischen Prozeß

Wir streben eine Demokratie an, in der alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, ihre Meinung zu äußern, und unmittelbar an umweltrelevanten, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, teilhaben können, damit Macht und Verantwortung in lokalen und regionalen Gemeinschaften konzentriert sind und nur dort, wo unbedingt erforderlich, auf übergeordnete Regierungsebenen übertragen werden.

Das erfordert

- eine Stärkung der Rechte des einzelnen durch Zugang zu allen entscheidungsrelevanten Informationen und Zugang zur Bildung, um allen die Teilnahme daran zu ermöglichen,

- die Überwindung der Ungleichheiten an Wohlstand und Macht, die an der Teilhabe hindern,
- den Aufbau von Basisbewegungen, die es ermöglichen, daß Entscheidungen unmittelbar auf der jeweiligen Ebene von den Betroffenen auf der Grundlage von Systemen getroffen werden, die staatsbürgerliche Lebendigkeit, freiwilliges Handeln und Verantwortung in der Gemeinschaft ermuntern,
- starke Unterstützung dabei, jungen Menschen durch Erziehung, Ermunterung und Unterstützung einer Beteiligung Jugendlicher an allen Bereichen des politischen Lebens, einschließlich ihrer Beteiligung an allen Entscheidungsgremien, eine Stimme zu geben,
- daß alle gewählten Vertreterinnen und Vertreter den Grundsätzen von Transparenz, Wahrhaftigkeit und Verantwortlichkeit in der Regierung verpflichtet sind,
- daß alle Wahlsysteme transparent und demokratisch sind und diesem Grundsatz durch das Gesetz Geltung verschafft wird,
- daß in allen Wahlsystemen jede und jeder Erwachsene eine gleiche Stimme hat,
- daß alle Wahlsysteme auf der Verhältniswahl beruhen und alle Wahlen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, wobei Wahlkampfspenden von Unternehmen und privater Hand strengen Begrenzungen unterliegen und vollständig offengelegt werden müssen,
- daß alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, Mitglied einer politischen Partei ihrer Wahl innerhalb eines Mehrparteiensystems zu sein.

Gewaltlosigkeit

Wir erklären, daß wir der Gewaltlosigkeit verpflichtet sind, und streben eine Kultur des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, innerhalb der Gesellschaften und zwischen Einzelpersonen als Grundlage globaler Sicherheit an.

Wir glauben, daß Sicherheit hauptsächlich nicht auf militärischer Stärke beruhen sollte, sondern auf Zusammenarbeit, gesunder wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, Sicherheit der Umwelt und Respekt für die Menschenrechte.

Das erfordert

- ein umfassendes Konzept globaler Sicherheit, das anstatt eines sich hauptsächlich auf militärisches Machtgleichgewicht gründenden Konzeptes den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, psychologischen und kulturellen Aspekten eines Konflikts Vorrang einräumt,
- ein globales Sicherheitssystem, das zur Verhütung, zum Management und zur Lösung von Konflikten fähig ist,
- die Beseitigung der Ursachen von Krieg durch Verständnis und Respekt gegenüber anderen Kulturen, vollständige Beseitigung von Rassismus, Förderung von Freiheit und Demokratie und Beendigung globaler Armut,
- das Streben nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung, einschließlich internationaler Vereinbarungen zur Sicherstellung eines vollständigen und endgültigen Verbots von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, Antipersonenminen und abgereicherten Uranwaffen,
- die Stärkung der Vereinten Nationen als globale Organisation des Krisenmanagements und der Erhaltung des Friedens,
- die Befolgung eines rigorosen Verhaltenskodexes bezüglich des Exports von Waffen in Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden.

Nachhaltigkeit

Wir sind uns des begrenzten Umfangs einer materiellen Expansion der menschlichen Gesellschaft innerhalb der Biosphäre sowie der Notwendigkeit bewußt, die biologische Vielfalt durch nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen und verantwortliche Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen zu erhalten.

Um Nachhaltigkeit zu erreichen und die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation und zukünftiger Generationen im Rahmen der endlichen Ressourcen der Erde befriedigen zu können, glauben wir, daß anhaltendes Wachstum des globalen Verbrauchs und der Weltbevölkerung sowie anhaltendes Fortschreiten der materiellen Ungleichheit angehalten und umgekehrt werden müssen.

Wir sind uns bewußt, daß Nachhaltigkeit nicht möglich sein wird, solange Armut besteht.

Das erfordert

- sicherzustellen, daß die Reichen ihren Verbrauch einschränken, um den Armen ihren fairen Anteil an den Ressourcen der Erde zu ermöglichen,
- den Begriff des Wohlstands dahingehend neu zu definieren, daß er sein Augenmerk auf Lebensqualität statt auf die Kapazität zum Überverbrauch richtet,
- eine Weltwirtschaft zu schaffen, die danach strebt, die Bedürfnisse aller zu befriedigen und nicht die Habsucht einiger Weniger, und die es den jetzt Lebenden ermöglicht, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die Fähigkeit kommender Generationen zur Bedürfnisbefriedigung zu gefährden,
- die Ursachen des Bevölkerungswachstums zu beseitigen, indem wirtschaftliche Sicherheit für alle gewährleistet und allen der Zugang zu elementarer Erziehung und Gesundheit verschafft wird, wobei Männer und Frauen eine größere Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit erhalten sollen,
- die Rolle und Verantwortlichkeiten multinationaler Konzerne neu zu definieren, um die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen,
- Mechanismen umzusetzen, spekulative Kapitalströme zu besteuern und zu regulieren,
- sicherzustellen, daß die Marktpreise für Waren und Dienstleistungen die umweltbedingten Kosten ihrer Produktion und ihres Verbrauchs vollständig mit einbeziehen,
- einen sparsameren Umgang mit Ressourcen und Energie sowie die Entwicklung und Nutzung von im Hinblick auf die Umwelt nachhaltigen Technologien zu erreichen,
- lokale Selbständigkeit im größtmöglichen praktischen Umfang zu ermuntern, um lohnens- und lebenswerte Gemeinschaften zu schaffen,
- die Schlüsselrolle der Jugendkultur zu erkennen und eine Ethik der Nachhaltigkeit innerhalb dieser Kultur zu ermuntern.

Respekt für Vielfalt

Wir erkennen die kulturelle, linguistische, ethnische, sexuelle, religiöse und geistige Vielfalt im Zusammenhang der individuellen Verantwortung gegenüber allen Lebewesen an.

Wir verteidigen das Recht aller Menschen - ohne jemanden auszunehmen - auf eine Umwelt, die ihrer Würde, ihrer körperlichen Gesundheit und ihrem geistigen Wohlergehen zuträglich ist.

Wir setzen uns für den Aufbau von respektvollen, positiven und verantwortungsbewußten Beziehungen ein, die im Geiste einer multikulturellen Gesellschaft Trennungslinien überwinden.

Das erfordert

- die Anerkennung der Rechte indigener Völker auf die grundlegenden Mittel für ihr wirtschaftliches wie kulturelles Überleben, einschließlich Land- und Selbstbestimmungs-rechten, und ihres Beitrags zum gemeinsamen Erbe nationaler und globaler Kultur,
- die Anerkennung des Rechts ethnischer Minderheiten, ihre Kultur, Religion und Sprache frei von Diskriminierung zu entwickeln, und des Rechts auf volle gesetzliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilnahme am demokratischen Prozeß,
- Anerkennung und Respekt für sexuelle Minderheiten,
- Gleichheit von Mann und Frau in allen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens,
- ein bedeutsames Engagement der Jugendkultur als wertvoller Beitrag zu unserer Grünen Vision und die Anerkennung, daß junge Menschen ausgeprägte Bedürfnisse und Ausdrucksweisen haben.

Politisches Handeln

1. Demokratie

1.0 Die Mehrheit der Völker der Welt lebt in Staaten mit undemokratischen Systemen, in denen Korruption wuchert und Verletzungen der Menschenrechte und Pressezensur an der Tagesordnung sind. Entwickelte Demokratien erdulden weniger offenkundige Formen der Korruption durch Konzentration der Medien, Finanzierung der Politik durch Konzerne, die systematische Ausgrenzung von rassischen, ethnischen, nationalen und religiösen Gemeinschaften und Wahlsysteme, die alternative Ideen sowie neue und kleine Parteien benachteiligen.

Die Grünen

1.1 Betrachten es als vorrangiges Anliegen, Basisbewegungen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für eine demokratische, transparente und verantwortliche Regierung einsetzen, von der lokalen bis zur globalen Ebene zu ermuntern und zu unterstützen.

1.2 Treten aktiv dafür ein, jungen Menschen durch Propagierung, Ermunterung und Unterstützung einer Beteiligung Jugendlicher an allen Bereichen politischen Handelns eine Stimme zu geben.

1.3 Streben nach einer Demokratisierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern durch Förderung geeigneter Mediationen, um Frauen und Männer in die Lage zu versetzen, gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

1.4 Drängen auf die sofortige Ratifizierung des Übereinkommens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Bekämpfung internationaler Korruption bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

1.5 Unterstützen das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu öffentlichen Informationen und auf freie und unabhängige Medien.

1.6 Arbeiten auf universellen Zugang zu elektronischer Kommunikations- und Informationstechnologie hin, mit Funk sowie Internet und elektronischer Mail auf Gemeinschaftsbasis als Minimum; Zugang zu diesen Technologien wollen wir so billig wie möglich machen.

1.7 Treten für ein gerechtes säkulares Rechtssystem ein, welches das Recht auf Verteidigung garantiert und die Verhältnismäßigkeit zwischen Vergehen und Strafe wahrt.

1.8 Unterstützen die Finanzierung von Wahlen aus öffentlichen Mitteln und wollen sicherstellen, daß alle Spenden, wo sie erlaubt sind, vollständig offengelegt werden und für Privatpersonen wie für Unternehmen einer Begrenzung unterliegen.

1.9 Werden die Dominierung der Regierung durch Unternehmen anfechten, besonders da, wo Bürgerinnen und Bürger ihres Rechts auf politische Beteiligung beraubt werden.

1.10 Treten für die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und richterlicher Gewalt und die Trennung von Staat und Kirche ein.

1.11 Unterstützen die Entwicklung und Festigung der Kommunalverwaltung.

1.12 Unterstützen die Umstrukturierung staatlicher Institutionen, um sie zu demokratisieren und bei der Verfolgung des Ziels der Bürgerherrschaft und einer nachhaltigen Entwicklung transparenter und wirkungsvoller zu machen.

2. Gleichheit

2.0 Die Unterschiede in den Lebensstandards und Chancen in der heutigen Welt sind unerträglich. Die Schulden der Dritten Welt belaufen sich mit 2500 Mrd. \$ auf den höchsten je verzeichneten Stand, während die Länder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) lediglich 0,23 % ihres Bruttosozialproduktes an Hilfe gewähren. Die reichsten 20 % der Weltbevölkerung verfügen über mehr als 80 % des Einkommens, während 1,2 Milliarden Menschen in Armut leben (von weniger als einem Dollar pro Tag). 125 Millionen Kinder besuchen nie eine Schule, und 880 Millionen Menschen können weder lesen noch schreiben; von diesen sind mehr als zwei Drittel Frauen, deren Anteil an den Armen 60 % beträgt. Das Bevölkerungswachstum hat sich zwar verlangsamt, doch wird trotzdem damit gerechnet, daß bis zum Jahr 2050 noch einmal 2 - 3 Milliarden Menschen dazukommen. Die Ansteckung mit HIV und Tuberkulose nimmt zu.

Die Grünen

2.1 Arbeiten darauf hin, die staatliche Hilfe an Entwicklungsländer zu erhöhen, und treten dafür ein, finanzielle Unterstützung direkt den Ärmsten der Armen zugute kommen zu lassen, wobei die Prioritäten in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften bestimmt werden sollen.

2.2 Setzen sich dafür ein, die Rechte, den Status, die Ausbildung und politische Beteiligung von Frauen zu verbessern.

2.3 Verpflichten sich dem Ziel einer universellen Primarausbildung von hoher Qualität, finanziert durch erhöhte Hilfeleistungen und Entschuldung, bis zum Jahre 2015.

2.4 Arbeiten auf einen Schuldenerlaß für Entwicklungsländer hin, insbesondere für die ärmsten Länder, und unterstützen die Gewährung von Anreizen, um sicherzustellen, daß Ersparnisse aus der Entschuldung in den Abbau von Armut und den Erhalt der Umwelt fließen und daß transparente und verantwortliche Verfahrensweisen mit Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften vorhanden sind.

2.5 Betrachten ein abgestimmtes Vorgehen zur Bekämpfung der großen Seuchen, einschließlich HIV-Aids, Tuberkulose und Malaria, als Priorität; dies gilt besonders in Afrika, wo eine zweifache Anstrengung erforderlich ist, um allgemeinen Zugang zu kostengünstigen und wirksamen Therapien zu ermöglichen und wirtschaftlichen Fortschritt, insbesondere durch Ausbildung, wiederherzustellen.

2.6 Erkennen das Recht von Völkern, die den Zugang zu ihren natürlichen Ressourcen durch Umsiedlung infolge der Zerstörung der Umwelt oder menschlichen Eingreifens wie zum Beispiel Kolonisation und Abwanderung verlieren, auf Schadenersatz an.

2.7 Werden die Beziehung zwischen ausschließlichem Eigentum an Grundbesitz und ausschließlicher Nutzung seiner natürlichen Ressourcen einer Überprüfung unterziehen, wobei wir die Absicht verfolgen, den Mißbrauch der Umwelt einzudämmen und den Zugang zu einer grundlegenden Existenz für alle, insbesondere aber für indigene Gemeinschaften, auszuweiten.

2.8 Wollen sicherstellen, daß alle Männer, Frauen und Kinder wirtschaftliche Sicherheit erlangen können, ohne Zuflucht zu persönlichkeitschädigenden Tätigkeiten wie Pornographie, Prostitution oder den Verkauf von Organen nehmen zu müssen.

2.9 Verpflichten sich in der Erkenntnis, daß es auch in entwickelten Ländern eine wachsende Zahl von armen und marginalisierten Menschen gibt, auf eine gleichmäßigere Zuteilung von Fürsorge und die Schaffung gleicher Chancen innerhalb aller unserer Gesellschaften hinarbeiten.

2.10 Verteidigen und fördern die Menschenrechte, gesellschaftlichen und umweltbezogenen Rechte der farbigen Völker.

3. Klimaveränderung und Energie

3.0 Neun der zehn wärmsten Jahre seit dem Beginn von Aufzeichnungen lagen im Jahrzehnt von 1990 bis 1999. Der Anteil an Kohlendioxid in der Atmosphäre ist höher als zu irgendeiner anderen Zeit in den letzten 15 Millionen Jahren. Die Häufigkeit von Naturkatastrophen nimmt zu; Tausende von Menschen verlieren dabei ihr Leben, Millionen ihr Heim. Das 1998 erstmals aufgetretene weitverbreitete Bleichen und Absterben von Korallenriffen wird innerhalb von 20 Jahren eine gängige Erscheinung werden. Wissenschaftler des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen (IPCC) stellen fest, daß die globale Erwärmung tatsächlich existiert und menschliches Handeln einen wesentlichen Faktor in der Veränderung darstellt. Es wird damit gerechnet, daß sich die Erde in diesem Jahrhundert um weitere 1-5° C erwärmen und der Anstieg des Meeresspiegels, der bereits begonnen hat, sich in den nächsten 500 Jahren fortsetzen und viele der am stärksten bevölkerten Regionen der Welt überfluten wird. Eine Klimakatastrophe droht, wenn wir nicht sofort handeln.

Die Grünen

3.1 Setzen sich zum Ziel, den Anteil an Kohlendioxid in der Atmosphäre im kürzestmöglichen Zeitraum auf 450 ppm zu begrenzen, wie vom IPCC gefordert. Entwickelte Länder werden nicht nur das Kyoto-Protokoll erfüllen müssen (-5,2 % der Werte von 1990 bis 2010 global, -8 % für die Europäische Union, -6 % für die USA), was zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber immer noch gänzlich unzureichend ist, sondern auch eine Reduktion zwischen -20 % und -30 % bis zum Jahr 2020, damit das Ziel von -70 % bis -90 % bis zum Ende des Jahrhunderts erreicht werden kann. Darüberhinaus müssen weitere Schritte unternommen werden, um die Emissionen von anderen Treibhausgasen zu reduzieren.

3.2 Drängen, diesem Ziel entsprechend, auf das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und bestehen darauf, daß Ausführungsbestimmungen zu einer echten Reduktion von Emissionen aus industriellen Quellen durch die entwickelten Länder führen, einschließlich eines Strafkatalogs im Falle der Nichteinhaltung.

3.3 Arbeiten darauf hin, einen an globale Kohlenstoffabgaben und Umweltbelastungen gekoppelten internationalen Emissionsberichtsrahmen für multinationale Unternehmen zu schaffen.

3.4 Bemühen sich nach Kräften, sicherzustellen, daß Länder im Entwicklungsstadium Zugang zur effizientesten, nachhaltigsten und geeignetsten Technologie erhalten, wobei erneuerbaren Energien besondere Beachtung zukommt; durch die Vereinbarung von Klimaveränderungskonventionen soll sichergestellt werden, daß Aktionen umfassend und weltweit sind. Der Grundsatz der Billigkeit muß im Zentrum der Verhandlungen und Maßnahmen hinsichtlich der Klimaveränderung stehen.

3.5 Wenden sich gegen jegliche Ausweitung der Atomkraft und arbeiten darauf hin, diese zügig auslaufen zu lassen.

3.6 Unterstützen die Forderung nach einem Moratorium für die Erforschung und Entwicklung neuer fossiler Brennstoffe.

3.7 Wenden sich gegen das Roden und Abholzen von Naturwäldern, die die kohlenstoffhaltigsten Ökosysteme auf dem Planeten darstellen, lebensnotwendig für indigene Völker, reich an Pflanzen und Tieren und nach menschlichen Zeitmaßstäben unersetzlich sind.

3.8 Setzen sich als kurzfristige Maßnahme zur Kohlendioxidbindung für die Anpflanzung von Bäumen verschiedener Arten ein, jedoch keine Monokulturen, was der Umwelt auch auf andere Weise zugute kommt.

3.9 Treten dafür ein, daß Abgaben auf nicht-erneuerbare Energien erhoben und die so eingenommenen Mittel dafür verwendet werden, den sparsamen Umgang mit Energie und erneuerbare Energien zu fördern.

3.10 Unterstützen Forschungsvorhaben zur Nutzung nachhaltiger Energiequellen und zur technischen Entwicklung ökologischer Stromproduktion.

3.11 Treten für energiesparende Technologien und eine "grüne" Energieinfrastruktur zwischen und innerhalb Ländern und Volkswirtschaften auf der Grundlage der Unentgeltlichkeit oder minimaler Kosten ein. Dies ist eine der wirtschaftlichen Kosten der von den westlichen Ländern bis zum heutigen Tag getätigten Emissionen.

4. Biologische Vielfalt

4.0 Gesunde Ökosysteme sind unerlässlich für das menschliche Leben, und doch scheinen wir die Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft vergessen zu haben. Aussterberaten sind 100 bis 1000 Mal höher als in vormenschlicher Zeit. Lediglich 20 % der ursprünglichen Wälder der Erde bleiben relativ ungestört. 60 % der Fischbestände sind in Gefahr, überfischt zu werden. Das Eindringen von nicht-einheimischen Pflanzen, Tieren und Krankheiten nimmt schnell zu. Die Zerstörung von Lebensräumen und das Aussterben von Arten werden durch industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung angetrieben, die auch die Klimaveränderung, globale Ungleichheit und die Zerstörung von indigenen Kulturen und Existenzen verschärft. Eine landwirtschaftliche Monokultur, gefördert von der Agrarindustrie und beschleunigt durch genetische Veränderung und Patentierung der Natur, bedroht die Vielfalt von Getreidesorten und einheimischen Tierarten, wodurch die Anfälligkeit für Krankheiten ganz erheblich erhöht wird.

Die Grünen

4.1 Widersetzen sich energisch einer umweltzerstörerischen landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung und setzen sich vorrangig für den Schutz einheimischer Pflanzen und Tiere in ihren natürlichen Lebensräumen ein, wo immer möglich in großenflächigen Gebieten.

4.2 Arbeiten darauf hin, Subventionen für umweltzerstörerische Aktivitäten abzuschaffen; dazu gehören Holzeinschlag, die Ausbeutung fossiler Brennstoffe, Dammbau, Bergbau, Gentechnologie und landwirtschaftliche Monokultur.

4.3 Fördern eine ökologische Einkaufspolitik für Produkte wie Holz, die auf der rigorosesten Definition von Nachhaltigkeit beruht und durch glaubwürdige Etikettierung gestützt wird.

4.4 Unterstützen das Konzept des "Schulden für Natur"-Tauschens, das Einverständnis der betroffenen indigenen und lokalen Gemeinschaften vorausgesetzt.

4.5 Setzen sich für eine Instandsetzung beschädigter natürlicher Umgebungen sowie die Sanierung toxischer Gelände ehemaliger und noch bestehender Militär- und Industriegebiete überall in der Welt ein.

4.6 Stellen fest, daß eine Reduzierung des weltumspannenden Transports von Waren, im Einklang mit einer Bevorzugung lokaler Produktion, wo immer dies möglich ist, den zusätzlichen Vorteil hat, "Bioinvasionen" ebenso zu reduzieren wie den fossilen Brennstoffverbrauch und Treibgasemissionen.

4.7 Befürworten für alle Stufen der Ausbildung einen Lehrplan in globaler Ökologie.

4.8 Setzen sich für die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofes mit besonderer Zuständigkeit für Umweltzerstörung und Biodiversitätsverlust ein, in dem Fälle gegen Unternehmen, Staaten und Einzelpersonen verhandelt werden können.

4.9 Weigern sich, die Patentierung und Vermarktung von Leben hinzunehmen.

5. Lenkung der wirtschaftlichen Globalisierung durch Nachhaltigkeitsgrundsätze

5.0 50 der 100 größten Wirtschaftsmächte in der Welt sind heute Konzerne. Im geheimen Einverständnis mit Regierungen haben sie ein Rechtssystem geschaffen, das unbehinderte wirtschaftliche Betätigung über das Gemeinwohl stellt, das Wohlergehen der Konzerne schützt, aber das gesellschaftliche Wohlergehen angreift, und das die Volkswirtschaften einem globalen Casino unterwirft, in dem täglich 1300 Mrd. US-\$ in spekulativen Transaktionen umgesetzt werden. Doch vielleicht wendet sich das Blatt. Das multilaterale Investitionsabkommen wurde zunächst einmal abgelehnt. In entwickelten Ländern können sich internationale Finanzinstitutionen nur unter Bedingungen des Belagerungszustands treffen. Das Ansehen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF) liegt in Scherben.

Die Grünen

5.1 Bekräftigen, daß lebensnotwendige Güter wie etwa Wasser weiterhin im öffentlichen Besitz und unter öffentlicher Kontrolle bleiben müssen und daß Kultur, grundlegender Zugang zu Nahrungsmitteln, gesellschaftliche und öffentliche Gesundheit, Erziehung und unabhängige Medien keine Handelsartikel sind, die internationalen Marktvereinbarungen unterworfen werden können.

5.2 Unterstützen zur Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung die Schaffung einer Weltumweltorganisation durch Zusammenlegung des UN-Umweltprogramms (UNEP), des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) und der Globalen Umweltfazilität (GEF) in einer gemeinsamen Organisation mit eigenen Haushaltsmitteln und der Befugnis, Sanktionen zu verhängen. Die Welthandelsorganisation (WTO) sollte den Entscheidungen dieser Organisation unterliegen.

5.3 Befürworten die Abschaffung der Weltbank und des IMF, sofern sie nicht dahingehend reformiert werden, daß Mitgliedschaft und Entscheidungsprozesse demokratisiert und ihre Transaktionen den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, allen internationalen Konventionen über Menschen- und Arbeitnehmerrechte und dem Umweltschutz unterworfen werden.

5.4 Befürworten die Abschaffung der WTO, sofern sie nicht dahingehend reformiert wird, daß Nachhaltigkeit zu ihrem zentralen Ziel erklärt wird, das durch transparente und demokratische Prozesse und die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Gemeinschaften unterstützt wird. Darüberhinaus muß es eine Teilung der Gewalten geben, um das Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten der ausschließlichen Zuständigkeit der WTO zu entziehen. Bevor weitere Schritte unternommen werden, ist eine Überprüfung früherer Verhandlungsrunden auf Nachhaltigkeitsverträglichkeit erforderlich.

5.5 Arbeiten darauf hin, die Umsetzung neuer regionaler oder hemisphärischer Handels- und Investmentabkommen gemäß den WTO-Regeln - wie zum Beispiel das vorgeschlagene panamerikanische Freihandelsabkommen - zu verhindern, sondern unterstützen stattdessen Integrationsprozesse von Staaten, die das Wohlergehen der Menschen und Umweltverträglichkeit sicherstellen.

5.6 Werden eine weltweite Umwelt schaffen, in der finanzielle und wirtschaftliche Institutionen und Organisationen Projekte pflegen und schützen, die in Hinblick auf die Umwelt nachhaltig sind und die Gemeinwesen auf allen Ebenen (lokal, regional, national und international) fortdauernd erhalten.

5.7 Verlangen, daß internationale Vereinbarungen auf den Gebieten Umwelt, Arbeitsbedingungen und Gesundheit Vorrang genießen gegenüber internationalen Handelsregeln.

5.8 Setzen sich dafür ein, eine Tobin-Henderson-Steuer und andere Instrumente durchzusetzen, mit denen spekulative internationale Währungstransaktionen eingedämmt und Investitionen in der realen Volkswirtschaft ermutigt werden, sowie Fonds zur Förderung der Gleichheit in der globalen Entwicklung zu schaffen.

5.9 Wirken darauf hin, daß Unternehmen verpflichtet werden, sich an die Umwelt-, Arbeits- und Sozialgesetze in ihrem eigenen Land und in dem Land zu halten, in dem sie operieren, je nachdem, welche strenger sind.

5.10 Setzen sich dafür ein, sicherzustellen, daß alle globalen Organisationen, und besonders solche mit erheblicher Befähigung, die Regeln des internationalen Handels zu definieren, die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung streng befolgen und ein Programm zur Ausbildung in kulturellem Wandel verfolgen, um dieses Ziel ganz zu erreichen.

5.11 Wünschen, daß die Fürsorge für Unternehmen transparent gemacht und demselben Grad an Verantwortlichkeit unterworfen wird wie die soziale Fürsorge und daß Subventionen für umwelt- und sozialschädliche Aktivitäten ganz auslaufen.

5.12 Unterstützen die Entwicklung bürgerschaftlichen Unternehmertums zur Förderung einer im Gemeinwesen verankerten Wirtschaft als ein Mittel, durch wirtschaftliche Globalisierung verursachten sozialen Ausschluß zu bekämpfen.

6. Menschenrechte

6.0 Die Verweigerung von Menschenrechten und Freiheiten geht mit Armut und politischer Machtlosigkeit einher. Millionen von Menschen erleiden Diskriminierung, Einschüchterung, willkürliche Inhaftierung, Gewalt und Tod. Dreiviertel aller Regierungen der Welt haben in den letzten drei Jahren Folter angewandt.

Die Grünen

6.1 Pflichten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und anderen internationalen Instrumenten zum Schutz von Rechten und Freiheiten bei. Wir glauben, daß diese Rechte universell und unteilbar sind und daß nationale Regierungen dafür verantwortlich sind, sie zu wahren.

6.2 Verurteilen alle Diktaturen und Regime, die Menschenrechte verweigern, gleich welche politischen Gründe sie dafür anführen.

6.3 Arbeiten mit lokalen Gemeinschaften zusammen, um das Bewußtsein von Menschenrechten zu fördern und sicherzustellen, daß die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und andere Vertragskörperschaften mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

6.4 Fordern eine Abänderung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, derzufolge das Recht auf eine gesunde natürliche Umwelt und generationenübergreifende Rechte auf natürliche und kulturelle Ressourcen aufgenommen werden sollen.

6.5 Treten für das Recht der Frauen ein, frei von Diskriminierung und Zwang und mit den Mitteln, die sie für angemessen halten, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, einschließlich der Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit, und wirken darauf hin, die Konvention für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) zu ratifizieren, Vorbehaltsklauseln zu streichen und das Freiwillige Protokoll in Kraft zu setzen.

6.6 Unterstützen das Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung, Landrechte und Zugang zu traditionellen Jagd- und Fischgründen für ihren Lebensunterhalt unter Anwendung humaner und ökologisch nachhaltiger Verfahrensweisen und unterstützen ebenso Bestrebungen der indigenen Völker, eigene internationale Gremien einzurichten und durch sie zu wirken.

6.7 Fordern die sofortige Annahme des Entwurfs der Menschenrechtserklärung für indigene Völker von 1993 als Mindestanforderung an Schutz, der von diesen angenommen wird, und unterstützen die Bestrebungen der indigenen Völker, eigene internationale Gremien einzurichten und durch sie zu wirken.

6.8 Verlangen, daß Folterer zur Rechenschaft gezogen werden und setzen sich dafür ein, daß sie in ihrem eigenen Land oder anderswo vor einem internationalen Richtertribunal, das unter der Schirmherrschaft des Internationalen Gerichtshofes tagt, vor Gericht gebracht werden.

6.9 Wenden sich gegen jegliche Verletzung der körperlichen Unversehrtheit des Einzelnen durch Folter, Strafe oder sonstige Praktiken, einschließlich traditioneller und religiös begründeter Verstümmelung.

6.10 Verlangen die weltweite Abschaffung der Todesstrafe.

6.11 Fordern die Regierungen auf, sicherzustellen, daß Asylbewerberinnen und -bewerber, gleich ob sie Opfer staatlicher Gewalt oder unabhängiger bewaffneter Gruppen geworden sind, gemäß der Genfer Konvention über das Recht auf Asyl (1951) korrekt behandelt werden, Zugang zu fairen Verfahren haben, nicht willkürlich festgenommen werden und nicht an ein Land zurücküberstellt werden, wo ihnen eine Verletzung ihrer fundamentalen Menschenrechte droht oder wo sie der Gefahr von Tod, Folter oder anderer unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sind.

6.12 Verlangen das Verbot kollektiver Vertreibung.

6.13 Treten für das Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf sichere und gerecht entlohnte Beschäftigung ein, einschließlich des Rechtes, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

6.14 Unterstützen das Recht von Kindern, ohne Zwang zur Arbeit aufzuwachsen, und die Festsetzung einer niedrigeren Altersgrenze für arbeitende Kinder bzw. Jugendliche.

6.15 Verlangen die Dekriminalisierung von Homosexualität und unterstützen das Recht homosexueller Männer und lesbischer Frauen auf ihren eigenen Lebensstil sowie gleiche Rechte für homosexuelle Beziehungen.

6.16 Setzen sich für eine Verbesserung der Möglichkeiten behinderter Menschen ein, gleichberechtigt in der Gesellschaft zu arbeiten und zu leben, einschließlich echter politischer Beteiligung.

6.17 Unterstützen das Recht linguistischer Minoritäten auf Gebrauch ihrer eigenen Sprache.

7. Nahrungsmittel und Wasser

7.0 Hunderte von Millionen von Menschen sind nach wie vor unterernährt, nicht weil es Nahrungsmittel nicht in ausreichender Menge gibt, sondern wegen ungleichen Zugangs zu Land, Wasser, Kredit und Märkten. Genetisch veränderte Organismen sind keine Lösung, weil das unmittelbare Problem nicht die Produktion, sondern die Verteilung ist. Genetisch veränderte Organismen stellen nicht hinnehmbare Risiken für die Umwelt, unabhängige kleine Landwirte und Konsumenten dar, ebenso für die biologische Vielfalt, die unsere beste Versicherung gegen eine landwirtschaftliche Katastrophe ist. Sowohl in Oberflächenwasser-systemen als auch in unterirdischen wasserführenden Schichten droht Wasserknappheit. Die Entwaldung von Einzugsgebieten fordert einen verheerenden Tribut in Form von Erdbeben und Überschwemmungen; gleichzeitig weiten sich Wüstengebiete und Degradation rasch aus. Ein positiver Aspekt ist das schnelle Wachstum organischer Landwirtschaft.

Die Grünen

7.1 Betrachten Zugang zu sauberem Wasser für grundlegende Bedürfnisse als fundamentales Recht und wenden sich gegen die Privatisierung der Wasserressourcen und Wasserinfrastruktur.

7.2 Arbeiten darauf hin, Wassersubventionen, außer solchen gesellschaftlicher Natur, abzuschaffen und die Nutzung von Wasser effizienter zu machen.

7.3 Setzen sich dafür ein, sicherzustellen, daß Frischwasser- und Untertagewasser-ressourcen in Qualität und Quantität erhalten und im Preis angemessen bewertet werden, um zu gewährleisten, daß diese Ressourcen ausreichend gegen Erschöpfung geschützt werden.

7.4 Sind der Auffassung, daß die Stabilität von Einzugsgebieten und die Gesundheit von Flußsystemen vorrangig sind, und werden mit den direkt Betroffenen zusammenarbeiten,

um die Qualitätsverschlechterung von Flüssen, einschließlich neuer großer Dämme und Irrigationsprojekte, sowie die Entwaldung von Einzugsgebieten aufzuhalten.

7.5 Werden mit lokalen Gemeinschaften in trockenen und halbtrockenen Regionen, wo das Klima durch Ungewißheit beherrscht wird, zusammenarbeiten, um die Bodendegradation zu reduzieren.

7.6 Drücken ihre Anteilnahme mit den Ländern aus, die durch Ausbreitung von Wüsten und Entwaldung hart in Mitleidenschaft gezogen worden sind, und bitten die Länder, welche die UN-Wüstenkonvention noch nicht ratifiziert haben, dies zu tun und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um der Konvention Gesetzeskraft zu verleihen.

7.7 Unterstützen und fördern organische Landwirtschaft.

7.8 Fordern ein internationales Moratorium für den kommerziellen Anbau genetisch veränderter Getreidesorten für mindestens fünf Jahre, während Forschung und Debatten fortgeführt werden, sowie die Einrichtung eines Regulierungssystems unter Einschluß einer Unternehmenshaftung für nachteilige Auswirkungen.

7.9 Wirken darauf hin, sicherzustellen, daß Nahrungsmittel sicher sind und strenge Regelungen bezüglich Produktion, Lagerung und Verkauf erlassen werden.

7.10 Setzen sich dafür ein, sicherzustellen, daß wissenschaftliche Untersuchungen nach ethischen Maßstäben vorgenommen und gemäß dem Grundsatz der Vorsorge für die Zukunft angewandt werden.

7.11 Fordern das Auslaufen aller anhaltenden und biokumulativen künstlichen Chemikalien und setzen sich dafür ein, das Freisetzen von gefährlichen Chemikalien in die Umwelt ganz auszuschalten.

7.12 Arbeiten darauf hin, sicherzustellen, daß Tierwachstumshormone verboten und strenge Regelungen bezüglich der Verwendung von Antibiotika an Tieren durchgesetzt werden.

8. Nachhaltige Planung

8.0 Der Verbrauch in Industrieländern ist übermäßig in jeder Hinsicht und in großem Maße verantwortlich für den Niedergang der Umwelt. Die Menschen in den westlichen Ländern verbrauchen neunmal mehr Papier als Menschen im Süden und besitzen hundertmal so viele Kraftfahrzeuge pro Kopf der Bevölkerung wie zum Beispiel die Menschen in China und Indien. Der Wechsel zu einer "grünen" Wirtschaft hin, die ökologische Prozesse nachahmt, durch Wiedernutzung und Recycling von Materialien Abfall ganz vermeidet und Aktivitäten betont, die Lebensqualität und -verhältnisse erhöhen statt den Verbrauch von Gütern, verspricht neue Arbeitsplätze, Industrien mit geringerer Umweltverschmutzung, bessere Arbeitsmilieus und größere Lebensqualität.

Die Grünen

8.1 Unterstützen Maßstäbe des Wohlbefindens statt des Bruttosozialprodukts zur Messung von Fortschritt.

8.2 Sind der Auffassung, daß die Bürgerinnen und Bürger von Ländern, die von einem Entwicklungsprojekt betroffen sind, das Recht haben sollten, über Staatsgrenzen hinweg an Entscheidungen über ein solches Projekt teilzunehmen.

8.3 Wollen sicherstellen, daß diejenigen, die von der Ausbeutung gemeinschaftlicher und/oder natürlicher Ressourcen profitieren, für die Nutzung dieser Ressourcen und für Schäden, die sie an anderen gemeinschaftlichen Ressourcen verursachen, den vollen Marktpreis zahlen.

8.4 Sind sich im Klaren, daß die Auswirkung fortgesetzter wildwuchernder Ausbreitung der Städte auf Ackerland und die natürliche Umgebung begrenzt und letzten Endes aufgehalten werden muß.

8.5 Sind sich im Klaren, daß der Prozeß der Urbanisierung infolge ländlicher Armut verlangsamt und durch angemessene ländliche Entwicklungsprogramme, die das Konzept der Grenzen des Wachstums anerkennen und Wesen und Ökologie des ländlichen Natur-raums schützen, umgekehrt werden muß.

8.6 Unterstützen kommunale Planung für ökologisch nachhaltige Betriebe, Wohnungsbau, Transport, Abfallwirtschaft, Parks, Stadtwälder und öffentliche Plätze und werden Kontakte zwischen Grünen auf kommunaler und regionaler Ebene in der ganzen Welt zwecks Informationsaustausch und Unterstützung herstellen.

8.7 Setzen sich für eine Reduzierung der von Fahrzeugen verursachten Umweltverschmutzung in den Städten ein, indem sie sich ständig ausdehnende Autobahnen ablehnen, die Benutzung energiesparender Fahrzeuge ermutigen, Flächennutzungsplanung mit öffentlichem Verkehr, Fahrradfahren und Zufußgehen abstimmen, der Planung und Finanzierung von Massentransportmitteln Vorrang einräumen gegenüber der Infrastruktur für private Fahrzeuge sowie eine Steuer- und Abgabepolitik abschaffen, die eine auf das Auto fixierte Entwicklung bevorzugt.

8.8 Setzen sich für die Schaffung sozial verantwortlicher wirtschaftlicher Strategien ein, die Steuern und öffentliche Finanzen dazu benutzen, Anreize für eine faire Verteilung von Wohlstand zu maximieren, und Ökosteuern, um Anreize zur Vermeidung von Abfall und Verschmutzung zu schaffen.

8.9 Verlangen, daß Unternehmen und Kommunen Abfall reduzieren, wiedernutzen und recyceln, wobei ihr Ziel eine Volkswirtschaft ohne Anfall von Abfällen ist, die ein natürliches Ökosystem repliziert.

8.10 Unterstützen jede Politik, die es Ländern ermöglicht, die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch wertschöpfende wirtschaftliche Betätigungen oder durch Recycling von Ressourcen, Produktion langlebiger Gebrauchsgüter, organische Landwirtschaft, erneuerbare Energie und Umweltschutz zu steigern.

8.11 Unterstützen sozial verantwortliche Investitionen und ökologisches Marketing, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine sichere Auswahl auf der Grundlage verlässlicher Informationen treffen können.

8.12 Erkennen den Wert traditioneller und gemeindlicher Kenntnisse und Überzeugungen an und unterstützen deren Einbeziehung in Planung und Projekte.

9. Frieden und Sicherheit

9.0 Die Ursachen von Konflikten ändern sich. Die Unterschiede zwischen Krieg, organisierter Kriminalität und vorsätzlichen Verletzungen von Menschenrechten in großem Umfang werden zusehends undeutlich. Durch eine einmalige Ausnahme von WTO-Regeln gegen Subventionen gefördert, nimmt der Waffenhandel zu und globalisiert sich. Als globales Netzwerk haben wir eine wesentliche Rolle dabei zu spielen, die Verbindungen zwischen Gemeindeorganisationen, die sich für Menschenrechte und Frieden einsetzen, zu stärken und die sich entwickelnden Konzepte und Institutionen globaler Verwaltung und Regierung zu unterstützen und mitzugestalten.

Die Grünen

9.1 Unterstützen eine Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen als globaler Organisation des Krisenmanagements und der Erhaltung des Friedens. Wir stellen jedoch fest, daß in Fällen, wo Prävention fehlschlägt, und in Situationen struktureller und massiver Verletzungen von Menschenrechten und/oder Völkermord die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt sein kann,

wenn sie das einzige Mittel ist, weitere Verletzungen der Menschenrechte und weiteres Leiden zu verhindern, jedoch vorausgesetzt, daß dies unter einem Mandat der Vereinten Nationen geschieht. Dessen ungeachtet haben einzelne Staaten das Recht, den Einsatz nicht zu unterstützen oder nicht mit ihm zu kooperieren.

9.2 Setzen sich aktiv für eine stärkere Machtposition für die Länder des Südens in den Vereinten Nationen ein, indem sie darauf hinwirken, das Vetorecht im Sicherheitsrat abzuschaffen, den Status ständiger Mitgliedschaft dort zu streichen und die Zahl der Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat zu erhöhen.

9.3 Unterstützen den vorgeschlagenen Internationalen Strafgerichtshof. In Kriegszeiten sollte Massenvergewaltigung als Kriegsverbrechen betrachtet werden.

9.4 Werden sich bemühen, die Macht des militärisch-industriellen-finanziellen Komplexes zu beschneiden, um den Rüstungshandel radikal einzuschränken, Transparenz in der Produktion sicherzustellen und verborgene Subventionen abzuschaffen, die der Militär-industrie zugute kommen.

9.5 Arbeiten darauf hin, den internationalen Waffenhandel zu regulieren, zu reduzieren und auf lange Sicht abzuschaffen (einschließlich eines Verbots nuklearer, biologischer und chemischer Waffen, abgereicherter Uranwaffen und Antipersonenminen) und ihn in den Kontrollbereich der Vereinten Nationen zu bringen.

9.6 Tragen dazu bei, bestehende Friedensprogramme zu stärken und neue zu schmieden, die alle Aspekte des Aufbaus einer Kultur des Friedens ansprechen. Solche Programme werden eine Analyse der Wurzeln von Gewalt, einschließlich der Gewalt innerhalb von Familien, und die Frage gegenseitigen Respekts zwischen den Geschlechtern enthalten und die Ausbildung in friedlicher Konfliktlösung auf allen Ebenen unterstützen.

9.7 Setzen sich für einen Internationalen Gerichtshof für Umweltvergehen in Konfliktzeiten ein.

9.8 Werden sich um eine Abänderung der internationalen Regeln militärischer Kampfhandlungen bemühen, um sicherzustellen, daß natürliche Ressourcen während Konflikten ausreichend geschützt werden.

9.9 Bekämpfen das nationale Raketenabwehrprojekt der USA und streiten für eine Entmilitarisierung und Entnuklearisierung des Weltraums.

10. Global handeln

10.0 Die Global Greens sind unabhängige Organisationen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichem Hintergrund, die eine gemeinsame Zielsetzung teilen und erkennen, daß sie, um dieses Ziel zu erreichen, sowohl global als auch lokal handeln müssen.

Die Grünen

10.1 Arbeiten kooperativ zusammen, um die Charta der Global Greens umzusetzen, indem sie, wann immer erforderlich, bei Fragen von globaler Konsequenz gemeinsam handeln.

10.2 Unterstützen die Entwicklung Grüner Parteien, politischer Bewegungen und Jugendnetzwerken in der ganzen Welt.

10.3 Leisten anderen Grünen Parteien und politischen Bewegungen auf deren Bitte hin Hilfe, indem sie

- Beobachterinnen und Beobachter bei Wahlen stellen, um sicherstellen zu helfen, daß sie frei und fair ablaufen,
- Wählerinnen und Wähler ermuntern, sich bei Wahlen in ihrem Land registrieren zu lassen und den Grünen ihre Stimme zu geben.

10.4 Werden in ihren eigenen Organisationen die Grundsätze, die sie in der breiteren Gesellschaft anstreben, annehmen und realisieren.

10.5 Verhalten sich innerhalb der eigenen Organisation auf allen Ebenen als Vorbild partizipatorischer Demokratie.

10.6 Ermuntern Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsparteien der Global Greens, um sicherzustellen, daß sie konsultiert und informiert werden und die gleiche Möglichkeit bekommen, auf globale Positionen der Grünen Einfluß zu nehmen.

10.7 Ermuntern Grüne Parteien, eine führende Rolle bei der Einführung von politischen Richtlinien zu übernehmen, die transparente und dezentralisierte Strukturen garantieren, damit politische Macht und Möglichkeiten auf alle Mitglieder ausgeweitet werden, und ebenso bei der Entwicklung neuer politischer Modelle, die den Herausforderungen einer globalen Entwicklung und der Basisdemokratie besser gerecht werden.

10.8 Vermeiden Quellen der Finanzierung, die im Widerspruch zu ihrer Vision und ihren Werten stehen.

10.9 Meiden Zusammenarbeit mit Diktaturen, Sekten oder kriminellen Vereinigungen und Organisationen, die von diesen abhängig sind, insbesondere in Angelegenheiten der Demokratie und Menschenrechte.

10.10 Werden ihre Verbindung mit gleichgesinnten Organisationen des Gemeinwesens und Organisationen der Zivilgesellschaft wie denen, die in Seattle mobil gemacht haben, stärken. Mit ihnen zusammen teilen wir das wachsende Bewußtsein, daß sich Respekt für die Umwelt, für Gesellschafts- und Menschenrechte und für Demokratie in der wirtschaftlichen Organisation der Welt durchsetzen muß.

10.11 Unterstützen sich gegenseitig persönlich und politisch mit Freundschaft, Optimismus und guter Laune und vergessen nicht, dabei Spaß zu haben